

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 45 (1998)
Heft: 9

Werbung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rungsschutzes vorzunehmen, bevor über Personalabbau geredet werden dürfe, lautet der Tenor.

Zu den zwei den Zivilschutz direkt an stärksten betreffenden Empfehlungen der Kommission Brunner sind dem Departement Ogi ebenfalls zahlreiche Meinungs- äusserungen zugegangen. Sie lesen nach- stehend die Kommissionsempfehlungen im Originalton, gefolgt von einer Zusammen- fassung der dem VBS eingereichten Stellungnahmen.

Empfehlung 16:

Die Kommission empfiehlt, den Kantonen die Kompetenz für die Organisation des Zivilschutzes nach ihren eigenen Bedürfnissen zu erteilen, in enger Zusammenarbeit mit den technischen Diensten der Gemeinden und den Wehrdiensten. Der Bund soll sich auf die Rahmengesetzgebung sowie punktuelle Unterstützungsmassnahmen bei Ausbildung und Materialeinkauf be- schränken. Die Bestände sind massiv zu reduzieren. Dies steigert die Effizienz als Folge einer professionelleren Ausbildung und einer echten Motivation der aufgebo- tenen Frauen und Männer. Die Dienst- pflicht kann in Zukunft ebensogut im Zi- vilschutz wie in der Armee geleistet wer- den. Die Infrastruktur an Schutzplätzen und Ausrüstung sollte beibehalten, aber nicht weiter ausgebaut werden.

Vernehmlassungen zu Empfehlung 16:

Knapp zwei Drittel der eingegangenen Stellungnahmen enthalten keine Aussagen zu diesem Thema.

Eine Mehrheit stellt fest, dass die Über- legungen der Kommission teilweise in die richtige Richtung zeigen. Zu einzelnen Empfehlungen könne erst fundiert Stel- lung genommen werden, wenn eine Ana- lyse der zukünftigen Bedürfnisse vorliege. Diese Analyse müsse weit über den beste- henden Zivilschutz, in Richtung eines um- fassenden Bevölkerungsschutzes, hinaus- gehen. Auch hier seine Kernkompetenzen festzulegen. Eine vermehrte Vernetzung

zwischen Zivilschutz, Wehr- und techni- schen Diensten sei zu studieren. Die mei- sten Einsatzmittel befänden sich auf Stufe Gemeinde, Region und Kanton. Deshalb seien Überlegungen zugunsten einer ver- mehrten Kompetenzdelegation an die Kantone zu begrüssen. Damit könnten massgeschneiderte Mittel für die Katastro- phenhilfe geschaffen werden. Der Bund dürfe sich aber nicht ganz aus der Verant- wortung zurückziehen. Bevölkerungsschutz sei auch Sache des Bundes, der für Standards bei Schutzbauten und Material sowie für Ausbildungsrichtlinien zuständig bleiben müsse. Die Ausbildung sei so zen- tral wie nötig und so dezentral wie möglich durchzuführen. Am Grundsatz, für jeden Einwohner einen Schutzplatz, sei festzu- halten. Die Forderung nach einer Bestan- desreduktion sei verfrüht und zum jetzigen Zeitpunkt unseriös. Die zukünftigen Auf- träge legten fest, welche Bestände benötigt würden.

Die Minderheit lehnt die Empfehlungen ab. Die Qualität des Zivilschutzes dürfe in Zukunft nicht von den finanziellen Mög-

lichkeiten und dem politischen Willen der einzelnen Kantonsregierungen abhängen. Die Möglichkeit, Dienstpflicht im Zivil- schutz oder in der Armee zu leisten, sei ab- zulehnen. Die vorgeschlagenen Empfeh- lungen zielten auf eine Schwächung des Bevölkerungsschutzes hin. Es sei unver- antwortlich, etwas abzubauen, für das wir weltweit bewundert würden. Betrachtet man die vier Auswertegruppen einzeln, so stellt man fest, dass die Gruppe der «Kantone/Parteien/Sipol Experten» mit überwiegender Mehrheit den Empfeh- lungen zustimmt. Aus der Gruppe der Hea- ringsteilnehmer lehnt eine Mehrheit diese Empfehlung ab.

Empfehlung 17:

Die Kommission empfiehlt, bei der Reorga- nisation des Zivilschutzes den Kantonen neue Kompetenzen zuzuweisen. Die Kan- tone sollen auch für Einsätze zur Siche- rung der Existenzgrundlagen zuständig sein.

Vernehmlassungen zu Empfehlungen 17: Eine grosse Mehrheit ist mit der Kommis- sion einverstanden, den Kantonen neue Kompetenzen zuzuweisen. Über das «Wie» gehen die Meinungen stark ausein- ander. Zur empfohlenen Reorganisation des Zivilschutzes gelten die gleichen Aus- sagen, wie sie im Zusammenhang mit der Empfehlung 16 geäussert wurden. Die Zuständigkeit der Kantone für «Einsät- ze zur Sicherung der Existenzgrundlagen» lasse noch viele Spekulationen zu. Diese Formulierung sei zu offen und unklar. Die Kommission schweige sich über mögliche Einsatzfelder und Organisationsstrukturen aus. Einzig die Gruppe der Hearingsteil- nehmer lehnt diese Empfehlung deutlich ab.

Für eine glaubwürdige schweizerische Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik 200X, Armee 200X, Be- völkerungsschutz 200X – sie alle sind mit Unsicherheiten verbunden. Unsicherhei- ten, welche die Milizfähigkeit beeinträchti- gen könnten. Es gilt daher, diese Zeit der Unsicherheit und des Übergangs möglichst kurz zu halten.

Dass sich Verteidigungs- und Sportmini- ster Adolf Ogi dafür einsetzt, die kommen- den Etappen auf dem Weg zu einem neuen sicherheitspolitischen Bericht sowie zu ei- ner Armee und zu einem Bevölkerungs- schutz für die Zeit nach der Jahrtausend- wende so rasch wie möglich zu bewälti- gen, ist begrüssenswert. Es liegt im Inter- esse aller Beteiligten – und im Interesse einer glaubwürdigen schweizerischen Sicherheitspolitik. ▀

Und so geht es weiter

JM. VBS-Vorsteher Adolf Ogi bei der Präsentation der Ergebnisse der Ver- nehmlassung:

Noch im August werde ich die sicher- heitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat, alle Beteiligten des Konsultationsverfahrens so- wie die Öffentlichkeit über die Ergeb- nisse informieren. Ebenfalls noch diesen Monat befassen sich Geschäfts- leitung und Geschäftsleitungsaus- schuss des VBS mit der Auswertung der Konsultation. Dem Bundesrat lege ich die Ergebnisse zusammen mit den politischen Leitlinien für einen neuen sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates vor. Letztere enthalten die Eckwerte für die Ausarbeitung des Berichts und die Vorarbeiten für die Reform der sicherheitspolitischen In- strumente, darunter auch Armee und Bevölkerungsschutz. Der Bundesrat wird diese Leitlinien an einer Klausur- sitzung im September behandeln.

Ein Projektteam der Bundesverwal- tung unter Leitung von Botschafter Anton Thalmann wird sich mit der Ausarbeitung des sicherheitspoliti- schen Berichts befassen. Dieser bildet die Grundlage für ein neues Arme- eleitbild. Ziel ist die Verabschiedung des sicherheitspolitischen Berichts durch den Bundesrat im Juni 1999. ▀

■ BERICO AG ■ SÜDSTR. 22
■ 8172 NIEDERGLATT
■ TEL. 01 851 52 52



Schutzraumeinrichtungen Fabrikation & Verkauf

«Ihr Partner für alle Fragen
rund um Zivilschutzeinrichtungen»

■ TORE ■ FERTIGTEILE ■ METALLBAU ■ SCHUTZRAUMTECHNIK